Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.

Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38, in den Nebenannahmestellen u. Vorm. bis 3 Uhr Nachm., Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11–½1 Uhr Mittags.

Anzeigentarif. Die 1spaltige Grundzeile ca. 8 Silben 15 Pf., für Ankündigungen auf der Privatseite 20 Pf., Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pf., für Familiennachrichten 10 Pf. bis 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Pränumerando. Belegblätter werden mit 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.

Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

43. Jahrgang.

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden, Altmarkt 2.**

Pfund's Condensirte Milch
Beste Kindernahrung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Atelier für feine **Corsets** nach Maass.
Grosses Lager von Paris und Brüssel.
Heinrich Plaul Hoflieferant Wallstr. 25

R. Beyer Papier-Fabrik-Lager
Papier-Grossohandlung **Am See 16** parterre u. I. Etg.
Reichstendstes Lager aller Sorten Druck-, Schreib- u. Canzleipapiere, Schulschreibhefte, Bücherpapiere, Couverts und Pappen, Pergament-, Seiden- und Packpapiere aller Formate und Rollen sowie aller in das Fach einschlagenden Artikel.
Gelegenheitsposten. — Billigste Preise. — Prompteste Bedienung.

WEIN-Handlung -Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath Wallstr. 8

Tuchwaaren. Lager hochfeiner deutscher und englisch. eleganter Anzug-, Hosen- und Paletotstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen.
Pörschel & Schneider Scheffelstrasse 19.

Nr. 25. Spiegel: Deutsche auswärtige Politik. Hofnachrichten, Landtag, Kartellerklärung, Konservat. Parteitag, Gesammtrathssitzung, Gerichtsverhandlungen. „Lorbeerbaum u. Bettelstab", „Heirathsschwindler". | Muthmaßl. Witterung: Heiter, kalt. | **Mittwoch, 26. Januar 1898.**

Für die Monate Februar und März

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei der Geschäftsstelle, Marienstraße 38 und bei unseren Neben-Annahmestellen zu **1 Mark 70 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 1 Mark 84 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den K. K. Postämtern zu 1 Gulden 69 Kreuzern angenommen.

Politisches.

Der neue Staatssekretär des Auswärtigen Freiherr v. Bülow hat der auf ihn gesetzten Erwartung, daß er Temperament in sein Ressort bringen werde, bisher in ausgiebigem Maße entsprochen. Mit seinem Amtsantritt ist die auswärtige Politik des Deutschen Reiches in den Jungbrunnen eines kräftigen und gesunden nationalen Selbstgefühls hinabgestiegen und aus seinen Fluthen mit neuer Schwungkraft begabt emporgetaucht. Die Nation spürt einen Hauch altbismarck'schen Geistes von dem neuen Manne ausgehen, dem der Kaiser die verschlungenen Fäden der internationalen Beziehungen des Reiches in die Hand gegeben hat, und sie giebt sich der Freude über diese Wandlung um so rückhaltloser hin, als Herr v. Bülow in seinem staatsmännischen Wesen neben der thatkräftigen Initiative auch nicht den zweiten ebenso wichtigen Faktor einer erfolgreichen Politik, die weise Mäßigung vermissen läßt, die der Altreichskanzler stets im rechten Augenblick mit bewunderungswürdiger Meisterschaft zu üben wußte.

Die Ausführungen des Freiherrn v. Bülow in der Budgetkommission des Reichstags am Montag haben den vortrefflichen Eindruck seines bisherigen Auftretens vervollständigt und werden sicherlich dazu dienen, die Persönlichkeit des neuen Staatssekretärs des Auswärtigen in der Gunst der öffentlichen Meinung noch fester zu setzen. Es war ein hochpolitischer Tag im besten Sinne des Wortes, mit dem die Budgetkommission ihre Thätigkeit in der laufenden Woche eröffnete. Alle Gegenstände von internationaler Bedeutung, die das deutsche Interessengebiet berühren, ließ Herr v. Bülow bei der Berathung des Titels „Gesandtschaften und Konsulate" kritische Revue passiren, und die Auskünfte, die der Minister gab, waren so gehalten, daß sie bei aller diplomatischen Reserve doch genug besagten, um die tadellose Korrektheit des deutschen Vorgehens und Verhaltens nach allen Richtungen hin erkennen zu lassen.

Zuerst kam die griechische Finanzfrage an die Reihe, bezüglich deren der Staatssekretär einen nachdrücklichen Schutz der Rechte der deutschen Gläubiger unverblümt zusagte. Nach einem so klaren offenen Wort haben sich die Geschädigten bisher vergeblich gesehnt. Herr v. Bülow stammt aber nicht aus der Schule der andeutungsweisen Redensarten. Er drückt sich deutlich aus, wie man es ja auch von einem Diplomaten, der zu den Füßen des großen Meisters gesessen hat, nicht anders erwarten darf, und von einer solchen unumwundenen Zusicherung pflegt dann auch die entsprechende Handlung nicht weit entfernt zu sein. Die deutschen Gläubiger Griechenlands mögen also getrost wieder neue Hoffnung schöpfen, daß eine zielbewußte deutsche Politik ihnen schließlich doch noch zu ihrem Rechte verhelfen werde; denn diese Politik läßt sich nach der bestimmten Erklärung des Freiherrn v. Bülow von dem völkerrechtlichen Grundsatz leiten, daß Treu und Glauben auch im öffentlichen Verkehr aufrecht erhalten werden müssen. Diese Aeußerung des Staatssekretärs hat übrigens eine Bedeutung, die weit über die engeren Verhältnisse, auf die sie zunächst gemünzt erscheint, hinausreicht, indem sie mit einer vielleicht unbeabsichtigten, aber deshalb nicht minder verständlichen Fernwirkung sich gegen gewisse politische Einflüsse richtet, deren ständiges Ziel die Verletzung von Treu und Glauben bildet, zum Zwecke der Zwietrachtstiftung unter den Mächten und der allgemeinen Verwirrung der internationalen Lage.

Nach der griechischen Frage gelangte ihr Anhängsel, die kretische, zur Erörterung. Herr Bebel machte sich den privaten Scherz, die deutsche Haltung gegenüber den Kretern für „nicht richtig" zu erklären, und Herrn Richter plagte die Neugier, zu wissen, ob der Kaiser im Laufe des Jahres nach Jerusalem sich begeben werde, ohne den Führer der freisinnigen Volkspartei zur Mitfahrt einzuladen. Herr v. Bülow beschränkte sich demgegenüber auf die kurze Mittheilung, daß Deutschlands Stellung zu der kretischen Frage keine Aenderung erfahren habe und daß ihm persönlich über eine beabsichtigte Reise des Kaisers nach Jerusalem nichts bekannt sei.

Demnächst gab der Titel „Botschaft in Paris" dem Abgeordneten Richter Anlaß zu einer Anfrage wegen der Dreyfus-Angelegenheit, deren Beantwortung durch den Freiherrn v. Bülow so eingehend und überzeugend ausfiel, daß nunmehr auch die argwöhnischen Gemüther in Frankreich, die trotz aller Dementis immer noch die Möglichkeit einer Betheiligung Deutschlands an der Sache als nicht ausgeschlossen betrachteten, an der völligen Grundlosigkeit der gegen Deutschland gerichteten Ausstreuungen nicht mehr zweifeln dürfen, ohne sich dem Vorwurfe der Böswilligkeit auszusetzen. Nicht genug, daß der Staatssekretär jede wie immer geartete Verbindung oder Beziehung zwischen dem Ex-Kapitän Dreyfus und irgendwelchen deutschen Organen „auf das Allerbestimmteste" in Abrede stellte, erklärte er auch mit Bezug auf die neuerdings in der Dreyfus-Affaire aufgetauchten Persönlichkeiten, daß er die Namen Walsin-Esterhazy und Picquart vor wenigen Wochen bei der Entwickelung des jetzigen Skandals zum ersten Male gehört habe. Weiter verwies Herr v. Bülow die alberne Geschichte von dem vielgenannten, angeblich aus dem Papierkorb einer fremden Botschaft gestohlenen „Bordereau" in das Reich, nicht der Fabel, das wäre zu viel Ehre gewesen, sondern in das der Schauer-Romane und konstatirte endlich mit Befriedigung, daß die Korrektheit der deutsch-französischen Beziehungen durch den Fall Dreyfus und seine Begleiterscheinungen in keiner Weise beeinträchtigt worden sei. Damit dürfen also die internationalen Akten über die Affaire Dreyfus und Konsorten, soweit Deutschland von thörichten Schwätzern in dieselbe verwickelt worden ist, geschlossen und an die politische Registratur abgegeben werden, wo sie ihren Platz vielleicht am passendsten unter dem Buchstaben „R" finden, wenn man sie nach dem Anfangsbuchstaben des Staates rubriziren will, dem Herr Dreyfus seine Dienste gewidmet hat.

Die letzten Eröffnungen des Staatssekretärs betrafen den Gegenstand, der augenblicklich im Brennpunkt des nationalen Interesses steht: unsere territoriale Festsetzung in Ostasien. Herr v. Bülow gab eine eingehende Erklärung über das Ergebniß der mit der chinesischen Regierung geführten Verhandlungen ab und erging sich im Anschluß daran in einer sachlichen, von jeder illusionären Ueberschwenglichkeit freien Würdigung der politischen, wirthschaftlichen und kommerziellen Bedeutung unseres neuerworbenen Gebietstheils. Darnach ist Kiautschou keine Goldgrube, die uns mühelos reiche Schätze in den Schooß wirft, wohl aber ein entwickelungsfähiges Territorium, das durch Fleiß und Umsicht, wie sie unseren Landsleuten eigen sind, zur Blüthe gebracht werden kann und dann nicht verfehlen wird, dem deutschen Unternehmungsgeist ein fruchtbares Einflußgebiet neben dem russisch-englisch-französischen Wettbewerb in Ostasien zu verschaffen. Die nächste unmittelbare Bedeutung unserer ostasiatischen Besitzergreifung liegt jedenfalls, wie der Staatssekretär mit Recht hervorhob, in der achtunggebietenden Vorstellung über die Macht und Größe des Deutschen Reiches, die sie bei den Chinesen hervorgerufen hat, die nunmehr überzeugt sein dürfen, daß jedwede Verletzung deutscher Rechte unnachsichtlich geahndet werden wird. Der gleiche Eindruck hat sich auch der gesammten civilisirten Welt mitgetheilt und dadurch ist das Ansehen des deutschen Namens überall wesentlich gestärkt worden. Auf diesem Grunde können wir nun mit Erfolg weiter bauen. Die Zeiten, da jeder Deutsche straflos beleidigt werden durfte, sofern ihn nicht etwa der Brite aus eigenem Interesse großmüthig in Schutz nahm — der Hamburger Senator Woermann hat davon bei der letzten großen Flotten-Kundgebung in Berlin noch aus eigener Erfahrung berichtet —, sind endgiltig vorbei und Deutschland ist mit gleichen Rechten in die Reihe der weltpolitischen Mächte eingetreten. Das Deutsche Reich lebt nach den Worten des Staatssekretärs Freiherrn v. Bülow und läßt leben, es achtet die fremden Rechte und Interessen, aber unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit. Damit ist die Richtungslinie unserer auswärtigen Politik klar vorgezeichnet.

In der Budgetkommission empfand angesichts der unangreifbaren Darlegungen des Staatssekretärs des Auswärtigen neben Herrn Bebel nur Herr Richter das Bedürfniß, sich „kritisch" zu blamiren, indem er ungefähr ein Dutzend Fragen voll machte, als er sich zuletzt noch mit der Anfrage an Herrn v. Bülow wandte, ob die Regierung die Verantwortung für die Rede des Kaisers in Kiel bei der Abfahrt des Prinzen Heinrich übernehme. Die „Berl. N. N." fertigen Herrn Richter wegen dieser deplacirten Verfassungsreiterei in derber Form ab. Das Blatt meint, ein Unweiser könne mehr fragen als 10 Weise zu beantworten vermöchten, und verweist darauf, daß in der Verfassung für kaiserliche Tischreden keinerlei ministerielle Verantwortlichkeit festgesetzt sei. Wollte man eine solche künstlich unterlegen, so könnte man sie mit gleichem Recht auch auf die — kaiserliche Speisenkarte ausdehnen. In der That, Herrn Richter's Pech wird immer größer. Nach seiner letzten total verunglückten Rede gegen die Flottenvorlage will ihm nichts mehr gelingen. Die „Opposition aus Grundsatz" zieht nicht mehr, sie verliert jeden Halt, weil die nationale Gesinnung sich von hohlen Schlagworten und blendender Dialektik nicht mehr in ihrem gesunden vaterländischen Urtheil beirren läßt. Insofern gehört auch der Niedergang des parlamentarischen Einflusses des Herrn Eugen Richter zu den erfreulichen Merkzeichen der Zeit. Sekundirt wurde Herrn Richter von Herrn Bebel, dessen internationales Verständniß vollständig gleich null ist, was ihn aber keineswegs abhält, auch die auswärtigen Angelegenheiten mit dem ihm eigenen lächerlich lehrhaften Unfehlbarkeitston nach seinen verschrobenen Spezialideen in Behandlung zu nehmen. Dieser kuriosen Neigung fröhnte Herr Bebel auch in der Budgetkommission, natürlich nur mit dem Erfolg, daß er allgemeines Schütteln des Kopfes über seine fade Schwätzerei erregte. Vom nationalen Standpunkt kann man sich sowohl mit Bezug auf Herrn Bebel wie auf Herrn Richter nicht genug wundern, woher diese Herren eigentlich den Muth nehmen, gegenüber amtlichen Kundgebungen von so hinreißender nationaler Schwungkraft, wie sie den in Rede stehenden Erklärungen des Staatssekretärs v. Bülow innewohnt, ihr eigenes spärliches und qualmiges Talglicht leuchten zu lassen. Die befruchtende Kraft nationaler Begeisterung geht an solchen in ihren besten Trieben verdorrten Geistern spurlos vorüber. Um so weniger Grund hat die Nation, die Ausfälle derartiger Elemente gegen unsere neugekräftigte vaterländische Interessenpolitik auf dem Weltschauplatz anders zu behandeln als mit der verächtlichen Geringschätzung, die jedes unpatriotische Gebahren überhaupt und in großen Momenten allgemeiner Erhebung der Geister doppelt und dreifach verdient.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 25. Januar.

* **Paris.** Die Kammer nahm trotz Einspruchs des Kriegsministers mit 234 gegen 208 Stimmen den Antrag Berry, betreffend die Stiftung einer Erinnerungsmedaille an den Krieg von 1870/71, an.

* **Brüssel.** Kammer. Furnemont (Sozialist) will wissen, wer den Truppen befahl, das Bajonnet aufzupflanzen. Der Quästor de Jongle erwiedert, die Quästur habe diese Maßregel getroffen, um zu verhindern, daß die Menschenmenge in das Parlament eindringe. Der Sozialist Van der Velde schildert die stattgehabten Zwischenfälle und sagt, die Sozialisten seien von den Truppen herumgestoßen worden, als Demblon sich bereits entfernt hatte. Redner wirft dem Präsidenten vor, er sei ein Mann der Gewalt. Angesichts des Lärms suspendirt der Präsident die Sitzung. Bei Wiederaufnahme derselben sucht der Präsident die am Freitag gegen Demblon getroffenen Maßregeln zu rechtfertigen. Van der Velde greift heftig die Quästoren an und beschuldigt die Rechte, sie wolle die Sozialisten mundtodt machen. Nach weiteren lärmenden Auftritten wird eine von Furnemont eingebrachte Tagesordnung, welche besagt, die Kammer mißbillige die vom Bureau getroffenen Maßregeln, das es nicht verstand, den Mitgliedern der Kammer Achtung zu verschaffen, mit 86 gegen 29 Stimmen, bei 9 Stimmenthaltungen, abgelehnt.

Berlin. Reichstag. Die Berathung des Etats des Reichsamts des Innern, Titel „Börsenausschuß" wird fortgesetzt. — Abg. Barth (freis. Ver.) bemerkt dem Abg. Grafen Arnim gegenüber, die Berliner Kaufmannschaft denke gar nicht daran, in den Feenpalast zurückzukehren, möge der Spruch des Oberverwaltungsgerichts ausfallen, wie er wolle. Redner bestreitet Paasche gegenüber, daß die Freisinnigen die Schuld an der Gestaltung des Börsengesetzes trügen. Die Schuld treffe vielmehr die Nationalliberalen und die Regierung. — Abg. Dr. Hahn legt dar, wie unter der Herrschaft des Termingeschäfts die Meinung des Publikums über den Stand des Getreidemarktes irregeführt wurde und die Preisbildung dadurch günstig beeinflußt worden sei. Gegen früher habe sich jetzt die Disparität zwischen Chicago und Berlin sehr gebessert und sie würde bereits ganz verschwunden sein, wenn nicht noch immer erhebliche Abschlüsse an der Frühbörse und bei dem Zellengeschäft in der Heiligen Geiststraße gemacht würden. Redner verlangt sodann eine gleitende Zollskala, schwankende Zölle nach Maßgabe des Preises des Getreides für den Fall, daß sich das bei Abschluß der Handelsverträge ermöglichen lasse. — Abg. Paasche (nl.) tritt ebenfalls dem Abg. Barth entgegen. Der Vorwurf, daß das Börsengesetz dem Mittelstande Abbruch gethan habe, sei ganz unangebracht. Wenn in Berlin eine Reihe sogenannter Bankfirmen verschwunden sei, die durch ihre Schaufenster das Publikum zum Spekuliren verleitet hätten, so sei das kein Nachtheil, sondern ein Gewinn und ein Verdienst des Börsengesetzes. — Abg. Fischbeck (freis. Ver.): Daß ein paar Spekulanten von der Börse verschwinden würden, haben wir Ihnen nie bestritten, wir haben nur gefragt, ob es sich lohne, dieser paar Spieler wegen auch das solide Geschäft schwer zu schädigen; wer spielen will, findet dazu doch die Gelegenheit. Graf Arnim behauptete, daß das Börsengesetz die Preisschwankungen verringert habe, nun, Weizen kostete im Anfang vorigen Jahres 177 Mk., Mitte des Jahres 171 und zum Schluß 190 Mk., Roggen Anfangs 132, Mitte 116 und zum Schluß 144 Mk. Sind das keine Schwankungen? Wenn die Herren da immer wieder mit der Firma Ritter u. Blumenfeld kommen, was geht uns denn diese eigentlich an, die doch nur für ihre eigene Rechnung und ihr Risiko eine Schwänze inscenirt hat. Für die jetzigen unzuverlässigen Preisnotirungen seien alle Diejenigen verantwortlich, die das Börsengesetz beschlossen, bez. den Börsenvorständen Landwirthe als Aufpasser setzen wollten, zumal Landwirthe, welche gegen die Börsenvorstände mit Verdächtigungen vorgegangen waren, oder wie in Berlin sich weigerten, als Mitglieder in die Börse einzutreten. Herr Paasche schiebt uns die Schuld in die Schuhe, wenn das Börsengesetz so schlecht geworden sei. Warum hat er denn das Gesetz nicht abgelehnt? (Sehr richtig links.) — Abg. Graf Arnim (Reichsp.): Der Zweck des Gesetzes, stetigere Preise zu schaffen, ist jedenfalls erreicht worden. Wenn schon in früheren Zeiten Preisausgleiche stattgefunden haben, so ist das nicht geschehen infolge des Terminhandels, wie dessen Anhänger behaupten, sondern infolge der entwickelten Verkehrsverhältnisse. Unleugbar sind die von der Spekulation verursachten und durch Mitläufer verstärkten Preisschwankungen. Ebenso unbestreitbar ist das jetzige Schwinden der Disparitäten zwischen deutschen und ausländischen Plätzen. Schließlich weist Redner den Vorwurf zurück, daß die gegenwärtigen Preisnotirungen unrichtige seien. Stetige Preise, Einschränkung des Imports, größere Thätigkeit der Provinzler, das sind die Vortheile, die uns das neue Börsengesetz gebracht hat. Das sind die Vortheile des Börsengesetzes. Noch Manches bleibt zu thun, so die Schaffung eines großen Getreidemarktes in Berlin unter Betheiligung der Landwirthe. Auch die Einrichtung der Börsenregister hat sich bewährt. Die jetzt an 40 bis 50 Orten notirten Preise sind jedenfalls ein besserer Anhalt als früher der unglückselige Terminpreis. — Abg. Schwarze (Centr.), der seiner Zeit den Antrag auf Aufhebung des Getreideterminhandels gestellt hatte, äußert seine Genugthuung über die Wirkung dieses Verbots und erinnert zugleich daran, wie ehemals auch Getreide zur Lieferung gelangte, das gar nicht lieferfähig gewesen sei. — Abg. Hilpert (bayer. Bauernb.): Wenn der Terminhandel noch bestünde, hätten wir vielleicht jetzt noch höhere Preise. Wir sind aber mit den jetzigen Preisen ganz zufrieden, wir verlangen gar keine höheren, wollen auch keine künstliche Heraufschraubung der Preise. — Bei dem Titel „Normalaichungskommission" konstatirt Müller-Sagan, daß das Aichverfahren in den verschiedenen Theilen der Monarchie kein einheitliches sei; in Schlesien würden weit mehr Objekte beanstandet, als anderswo. — Staatssekretär Graf Posadowsky: Es sei allerdings richtig, daß in Schlesien 4 Mal so viel Gewichte verworfen würden, als sonst in ganz Preußen. Den Ursachen wolle Redner nachforschen. — Bei dem Abschnitt „Gesundheitsamt" beantragt Abg. Müller-Sagan, unterstützt von Mitgliedern anderer Parteien, Einstellung eines neuen Titels in Höhe von 30,000 Mark noch in diesen Etat zur Errichtung einer biologischen Versuchsanstalt für die wissenschaftliche Erforschung wirthschaftlich nutzbarer Lebensbedingungen von Pflanzen und Thieren. — Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Reichskanzler stehe dem Verlangen wohlwollend gegenüber; eine solche Reichsanstalt sei aber nicht aus der Erde zu stampfen. Für die vorbereitenden Arbeiten solle bei dem Reichsgesundheitsamte eine Kommission einberufen werden. Vor dem Jahre 1900 werde sich die Sache kaum verwirklichen lassen. — Abg. v. Kardorff (Reichsp.) bedauert, daß die vorbereitenden Arbeiten nicht schon im

Wasche mit Grosser's Waschstein!
Vorzüglich geeignet, garantirt chlorfrei, bestes, im Gebrauch billigstes, bequemstes Waschmittel für Wäsche etc.
Alleiniger Fabrikant **E. R. Grosser, Dresden.**
Ueberall zu haben! Stück 10 Pf.